



DIE LINKE.
Friedrichshain-Kreuzberg

#04 klar.links
November 2014
24. Jahrgang

Meine Sicht.



Offensiv gegen TTIP

Seit gut einem Jahr verhandeln USA und EU über das Handels- und Investitionsabkommen TTIP. Es wird hinter verschlossenen Türen debattiert. Aber worüber wird eigentlich verhandelt? Und wenn TTIP uns allen nützt, wieso wird dann der Inhalt verschwiegen? Die Regierungen haben Angst! Lange stand das Chlor-Hühnchen als Symbol für TTIP. Ein mit Gift behandeltes Geflügel, das nach Abschluss des Abkommens in unseren Supermärkten verkauft werden würde. Mittlerweile geht die Kritik aber weiter – gut so! Immer mehr Menschen wenden sich gegen die absehbaren Aufweichungen von Standards im Gesundheits-, Umwelt- und Verbraucherschutz. Sie wollen nicht, dass Investoren einen Staat vor privaten Schiedsgerichten verklagen dürfen oder in der Kommunalpolitik das Gemeinwohl Investoreninteressen untergeordnet wird. Denn nach dem geplanten „Investor-Staat-Verfahren“ könnten private Investoren vor selbst geschaffenen Schiedstribunalen auf Entschädigung klagen, wenn ihre Profite durch staatliche Maßnahmen beeinträchtigt werden. Rekommunalisierung wird zum Vertragsbruch. Wir sollten dem offensiv entgegen-treten.

Chris Tzialampanas
Chris Tzialampanas
Mehr auf Seite 3

Berlin braucht Personalkonzept

Der Senat verweigert sich der Realität

Lange Warteschlangen auf den Ämtern, die wiederum mitunter tagelang nicht erreichbar sind. Überforderte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, lange Bearbeitungsdauern für Führerschein, Personalausweis, Kita-Gutschein oder Elterngeld: Die Berlinerinnen und Berliner bekommen die Folgen des Personalabbaus im Öffentlichen Dienst mehr und mehr zu spüren. Die Berliner Verwaltung steht kurz vor der Handlungsunfähigkeit: Immer öfter scheitern notwendige Investitionen wie Bauvorhaben nicht am mangelnden Geld, sondern am fehlenden Personal. Immer mehr Stress und angespannte Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten führen zu hohen Krankenständen in der überalternden Verwaltung und damit zu unzufriedenen Bürgerinnen und Bürgern.

Über 200.000 Beschäftigte hatte die Berliner Verwaltung zu Beginn der neunziger Jahre. Dann begann ein rasanter Personalabbau. Doch spätestens 2010 war klar, dass umgesteuert werden kann und muss: Die Stadt begann zu wachsen und auch finanziell ging es Berlin besser. Aber Senat

und Große Koalition bekräftigen das Festhalten am Personalabbau: Im Jahr 2016 soll es nur noch 100.000 Beschäftigte geben, 80.000 Vollzeitstellen für die Hauptverwaltung und 20.000 für die Bezirke. Die städtische Sozialstruktur und die demografische Entwicklung haben für den Senat keine Rolle bei der Ermittlung des Personalbedarfs gespielt. Selbst die Tatsache, dass Berlin jährlich um 40.000 Menschen wächst, blieb bei der Personalplanung unbeachtet.

Bis 2025 wird die Hälfte der Beschäftigten der Berliner Verwaltung allein aus Altersgründen ausscheiden, d.h. jährlich sind bis zu 5.000 Stellen neu zu besetzen, andernfalls droht die Berliner Verwaltung zu kollabieren. Das Problem Berlins ist also nicht zu viel Personal, sondern dass es ohne große Anstrengungen bald nicht mehr möglich sein wird, genügend qualifiziertes Personal zu finden: Die IHK prognostiziert für den gesamten öffentlichen Dienstleistungssektor im Berliner Raum bis 2025 einen Mangel von 58.000 Fachkräften. Doch der Senat hält unbeirrt an überholten Beschlüssen fest.

DIE LINKE im Abgeordnetenhaus von Berlin hat daher selbst ein Personalkonzept für die Verwaltung des Landes Berlin vorgelegt. Grundlage hierfür ist die aufgabenbezogene Ermittlung des Personalbedarfs unter Berücksichtigung der Ziele des Landes Berlin und der Stadtentwicklung. Die Zielzahl von 100.000 Beschäftigten ist längst von der Entwicklung Berlins überholt. Die Personalabbauvorgaben an die Bezirke müssen aufgehoben werden. Nicht eine statische Zielzahl darf den Personalbedarf bestimmen, sondern die tatsächlich anfallenden Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge. Personalpolitik darf nicht länger im Schatten der Finanzpolitik verkümmern.

Die Berliner Verwaltung muss um qualifiziertes Personal werben. Sie muss sich als attraktiver Arbeitgeber präsentieren. Dafür brauchen wir eine gute Tarif- und Besoldungsstruktur und eine Arbeitskultur, die die Bedürfnisse der Beschäftigten berücksichtigt.

Steffen Zillich, MdA



Coffee-Shop statt Kriminalisierung

Mutige Ideen für Drogenproblem am Görlitzer Park

Wer schon einmal den Görlitzer Park besucht hat, kennt die Problematik: Der illegale Drogenverkauf und die zunehmende Präsenz von Drogenhändlern. Seit Monaten wird versucht, Lösungen für alle Betroffenen zu finden. Eine davon, wird aktuell sogar bundesweit diskutiert: Die Schaffung eines Modellprojekts zur kontrollierten Abgabe von Cannabis. Zum Hintergrund: Im November 2013 hatte die BVV Friedrichshain-Kreuzberg beschlossen, das Bezirksamt zu

beauftragen, nötige Schritte einzuleiten, um durch eine kontrollierte Abgabe von Cannabisprodukten am Görlitzer Park die dortige Situation zu entschärfen. Am 17. Oktober 2014 fand dazu eine Zukunftswerkstatt zur Konkretisierung dieses Vorhabens - unter Beteiligung interessierter BürgerInnen - statt.

Ob ein solches Modellprojekt die Situation rund um den Görlitzer Park in dem Sinne beruhigt, dass Konsu-

mierende von Cannabis durch kontrollierte Abgabestellen nicht mehr auf den illegalen Markt angewiesen sind, bleibt abzuwarten. Man ist sich jedoch einig, dass die Schwerpunkte in der aktuellen Drogenpolitik hin zu einem wirksamen Jugend- und Gesundheitsschutz sowie einer umfassenden Aufklärung verlagert werden müssen. Ergebnisse aus Portugal, Spanien, Schweiz und anderen Ländern zeigen, dass dadurch riskanter und abhängiger Drogenkonsum bes-

ser bekämpft werden kann als durch Repression und Illegalisierung.

Allerdings ist es fraglich, ob das zuständige Bundesamt für Arzneimittel und Medizinprodukte unter einem CSU-geführten Gesundheitsminister den rechtlich eng gesteckten Rahmen für ein solches Projekt positiv interpretiert. Die LINKE in Friedrichshain-Kreuzberg wird das Vorhaben jedenfalls weiterhin unterstützend begleiten.



Im Workshop „Lokales Umfeld: Welche Auswirkungen kann eine Abgabestelle auf den Görlitzer Park und andere Orte haben“ wurde aber schnell klar, dass es neben dem Thema der Illegalisierung bestimmter Drogen (in diesem Fall Cannabis), auch um das „Problem“ der illegalisierten Menschen und Asylbewerber rund um und im Görlitzer Park geht. Leider wurden anwesende Anwohner, die teilweise schon viele Jahrzehnte am Görlitz wohnen, in ihren Sorgen und Ängsten (ob nun berechtigt oder nicht) nur unzureichend ernst genommen. Zwar waren sich die Anwesenden fast einstimmig einig, dass eine kontrollierte Abgabe von Cannabis die Situation am und im Park entspannen würde - gleichzeitig war aber auch klar, dass sich die Situation der Illegalisierten und Asylbewerber dadurch kaum verändern würde.

Benjamin Krüger, Ulrike Juda,
LAG Drogenpolitik

Geflüchtete werden erneut **hintergangen**

Duldung für die Gerhart-Hauptmann-Schule aufgehoben

Bezirksbürgermeisterin Monika Herrmann (Grüne) will die Geflüchteten nicht mehr länger in der Gerhart-Hauptmann-Schule dulden. Das teilte sie den Bewohnern am 13. Oktober mit. Entgegen der vom Bezirksamt (BA) gemachten Zusagen hat die Bürgermeisterin entschieden, dass aufgrund der im Bezirk verhängten Haushaltssperre und der Aussichtslosigkeit der Flüchtlinge, ihre Forderungen gegenüber dem Berliner Senat durchzusetzen, sie die Schule binnen eines Monats verlassen müssen. Nachdem der Senat seine im „Oranienplatz-Agreement“ gemachten Zusagen nicht eingehalten hat, will nun auch die grüne Bürgermeisterin nichts mehr von ihren Zusicherungen wissen. Zur Erinnerung: Ende Juni hatte Baustadtrat Hans Panhoff

(Grüne) versucht, die Schule räumen zu lassen. Während des folgenden Großeinsatzes der Polizei wurde der Kiez um die Gerhart-Hauptmann-Schule tagelang von bis zu 900 Polizisten belagert, um 40 Flüchtlinge zum verlassen der Schule zu bewegen. Nach neun Tagen schlossen BA und Geflüchtete am 2. Juli einen Kompromiss, der u.a. vorsah, dass die verbliebenen Bewohner in der Schule bleiben können, wenn sie sich in einen Flügel der Schule zurückziehen, an den Aufräumarbeiten teilnehmen und sich bereit erklären, einen privaten Sicherheitsdienst zu akzeptieren. Die Vereinbarung ist nunmehr reine Makulatur. Die Geflüchteten sind jetzt zum zweiten Mal binnen weniger Monate von der Politik hintergangen

worden. Es stimmt zwar, dass die vom BA verfügte Haushaltssperre auch aufgrund der durch die Schule verursachten Kosten notwendig wurde. Allerdings ist der größte Kostenfaktor in der vom BA geforderten Einsetzung eines privaten Sicherheitsdienstes begründet und somit nicht direkt von den Geflüchteten verursacht. Trotzdem sind sie wieder die Leidtragenden! DIE LINKE. Friedrichshain-Kreuzberg fordert das Bezirksamt auf, dafür Sorge zu tragen, dass die Flüchtlinge nicht in die Obdachlosigkeit getrieben werden. Ihnen muss – wie zugesagt – eine Beteiligung an der Entwicklung des internationalen Flüchtlingszentrums ermöglicht werden. Ferner muss der Senat endlich seiner

verfassungsmäßigen Verantwortung nachkommen und sich der Geflüchteten annehmen. Der Bezirk ist nicht in der Lage, die Versäumnisse einer verfehlten Flüchtlingspolitik der EU, des Bundes und des Landes Berlin aufzufangen. Allein mit den fünf Millionen Euro, die der Polizeieinsatz im Juni/Juli diesen Jahres verursacht hat, hätte man ein beispielhaftes Flüchtlingszentrum in der Gerhart-Hauptmann-Schule realisieren können. Berlin hat damit die Chance verpasst, ein progressives Vorbild in der Flüchtlingspolitik zu sein und nicht ein abschreckendes Beispiel.

Reza Amiri, Vorsitzender
BVV-Fraktion

240 Organisationen gegen TTIP

Trotz bürokratischer Behinderungen ist europaweite Kampagne gestartet.

Erkämpfte Arbeits-, Verbraucher- und Umweltstandards sind zurzeit einer großen Bedrohung ausgesetzt: Denn EU-Kommission und US-Regierung verhandeln über ein umfassendes Freihandels- und Investitionsabkommen, genannt TTIP. Mit Kanada steht ein gleichgerichtetes Abkommen, genannt CETA, bereits kurz vor dem Abschluss. Die Details der Verhandlungen bleiben für die breite Öffentlichkeit im Dunkeln, aber mehr als 600 Wirtschaftslobbyisten nehmen dafür in geheimen Verhandlungen Einfluss.

Klar ist: Bei den Verhandlungen geht es nicht um den Abbau von Zöllen. Diese sind zwischen der EU und den USA bereits jetzt sehr niedrig. Gemeint ist der Abbau von Arbeit-

nehmerrechten, Verbraucher- und Umweltschutz. Auch die Erbringung von öffentlichen Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger durch die Kommunen ist in ihrer jetzigen Form gefährdet. Gleichzeitig sollen Konzerne künftig Staaten vor zweifelhaften privaten Schiedsgerichten auf Schadensersatz in Milliardenhöhe verklagen können, wenn neue Gesetze die Rendite schmälern.

Mit TTIP soll erlaubt werden, was in der Europäischen Union bisher aus gutem Grund verboten ist: Gentechnik im Essen, Hormonfleisch oder die Förderung von Öl und Gas mit giftigen Chemikalien, so genanntes Fracking. Der wachsenden Widerstand gegen das Abkommen macht die Mächtigen nervös:

Die Europäische Kommission hat im September die geplante Europäische

Bürgerinitiative (EBI) des europaweiten Bündnisses „Stop TTIP“ (das auch von der LINKEN unterstützt wird) nicht zur Durchführung zugelassen. Das Bündnis wird die Entscheidung der Kommission vor dem Europäischen Gerichtshof anfechten. Da Ausgang und Dauer des Verfahrens völlig offen sind, wird die Kampagne jetzt außerhalb der offiziellen Rechtsrahmens der Europäischen Verträge durchgeführt. Mit dabei sind europaweit über 240 Organisationen! Die Forderungen, das TTIP-Verhandlungsmandat zurückzunehmen und den CETA-Vertrag nicht abzuschließen bleiben unverändert. Innerhalb eines Jahres sollen weiterhin mehr als eine Million Unterschriften europaweit gesammelt werden. Unterschriftenlisten gibt es u.a. im Roten Laden, der Geschäftsstelle der LINKEN

Friedrichshain-Kreuzberg, Weidenweg 17.

Mehr Informationen:
www.ttip-stoppen.de
www.die-linke.de/politik/aktionen/ttip-stoppen/

TTIP – Gefahr für Arbeitnehmer-Rechte?

Diskussionsveranstaltung der LAG Betrieb und Gewerkschaft der LINKEN

Gast: Florian Moritz, Referent für internationale Wirtschaftspolitik beim DGB-Bundesvorstand
 Dienstag, **11. November 2014**, 18:30 Uhr
 Karl-Liebknecht-Haus,
 Kleine Alexanderstrasse 28

IG Metall: Es bleibt beim Nein

Erklärung des Vorstands der IG Metall vom 22.09.2014 :

„In den letzten Tagen wurde in der öffentlichen Berichterstattung der Eindruck erweckt, dass die Gewerkschaften eine Kehrtwende bei der Bewertung des Freihandelsabkommens zwischen den USA und der EU (TTIP) vollzogen haben. Diese Berichterstattungen sind irreführend und veranlassen uns, die Position der IG Metall noch einmal deutlich zu machen. Kernpunkte unserer Forderungen sind: **1.** Freihandelsabkommen dürfen weder Arbeitnehmer- noch Verbraucherschutz-, Sozial- und Umweltstandards gefährden. **2.** Jede Art von Investitionsschutzabkom-

men wird abgelehnt. **3.** Alle ILO-Kernarbeitsnormen müssen von der US-Seite unterzeichnet werden. Wird auch nur einer dieser Punkte nicht erfüllt, bleibt es beim „Nein“ der IG Metall zu TTIP. In diesem Zusammenhang sind die aktuellen Verhandlungen zum Handelsabkommen CETA mit Kanada für uns die Nagelprobe, wie ernst es die Bundesregierung mit den Einwänden der Gewerkschaften meint. [...] Denn CETA enthält zum Beispiel einen Investitionsschutz. Damit ist die rote Linie, die wir gezogen haben, überschritten. [...] Es bleibt notwendig, den politischen und zivilgesellschaftlichen Druck aufrechtzuerhalten.“



DIE LINKE Friedrichshain-Kreuzberg, Ortsverband Nordost, auf der Demonstration gegen TTIP am 11. Oktober

Gegen Rechtspopulismus in Europa

Mit den Europawahlen sind auch Rechtspopulisten und rechtsextreme Kräfte ins neue Europäische Parlament eingezogen und verschärfen seither das Debattenklima. Es ist ihnen zwar bisher nicht gelungen, eine eigene rechte Fraktion zu bilden, denn die Mindest-Voraussetzungen für die Bildung einer Fraktion sind 25 Abgeordnete aus mindestens 7 Mitgliedstaaten. Doch 52 EU-Parlamentarier rechtsnationalistischer Gesinnung wirken als fraktionslose Abgeordnete. Unter ihnen sind 24 MdEP des Front National (Frankreich), 5 von der Lega Nord (Italien), 4 von der PVV des Holländers Geert Wilders sowie Udo Voigt von der deutschen NPD. Am 16. Oktober 2014 wurde bekannt, dass die mit bisher 48 Mitgliedern kleinste Fraktion „Europa der Freiheit und der direkten Demokratie“ (EFDD) unter der Führung des britischen UKIP-Chefs Nigel Farage ihren Fraktionsstatus verloren hat.

Durch den Austritt einer lettischen Abgeordneten erfüllt sie die Mindestanforderungen von 7 Mitgliedstaaten nicht mehr. Diese 48 Abgeordneten reihen sich nun zunächst ein in die Gruppe der Fraktionslosen. Damit ist offen, ob sich letztendlich eine neue rechte Fraktion bilden wird. Daneben führten die Erfolge anderer rechtspopulistischer Parteien bei den Europawahlen dazu, dass sich die „Europäischen Konservativen und Reformisten“ mit ihren 70 Mitgliedern zur drittgrößten Fraktion entwickeln konnte. Mit 7 Abgeordneten ist die deutsche AfD ein Teil davon. Ihre Vertreter Olaf Henkel und Bernd Lucke reden auch im EP weiterhin gegen den Euro, gegen mehr solidarisches Miteinander in der EU oder auch gegen Visa-Erleichterungen für Drittstaatenangehörige. Beatrix von Storch (AfD) hatte sich bereits im Vorfeld der Europawahlen mit ihrer Unterstützung von Kampagnen

gegen freie Entscheidungsrechte auf Abtreibung, Familienplanung und sexuelle Selbstbestimmung hervorgetan und wirkt dementsprechend jetzt im Europäischen Parlament. Doch selbst in der „normalen“ konservativen EPP-Fraktion, der auch die CDU/CSU-Abgeordneten angehören, finden sich deutlich rechte Parteien wie die Forza Italia von Berlusconi, die ÖVP und nicht zuletzt die Fidesz des ungarischen Regierungschefs Victor Orban. Deren Politik der Einschränkung von Minderheiten- und anderen Bürgerrechten, Pressefreiheit und sozialer Sicherung schien für die EPP-Fraktion kein Grund zur Diskussion über deren Aufnahme zu sein. Genauso wenig peinlich ist es offenbar EU-Kommissionspräsident Juncker, ausgerechnet den ehemaligen ungarischen Justizminister in der Orban-Regierung als künftigen EU-Kommissar für das Ressort Kultur, Bildung, Medien, Jugend und Unions-

bürgerschaft vorzuschlagen.

Bei den Anhörungen der designierten Kommissare haben wir konsequent unsere Position vertreten und gegen derartige Kommissionsvorschläge gestimmt. Leider haben sich die Mehrheitsverhältnisse im Europäischen Parlament nach rechts verschoben. Das macht unser Wirken nicht einfacher.

Als gestärkte Linksfraktion GUE/NGL mit 52 Abgeordneten ist es unsere Aufgabe, nicht nur bei Wahlkämpfen solchen rechten Tendenzen auf europäischer Ebene entgegenzutreten. Nur ein Europa der Solidarität mit mehr sozialen Rechten und Freiheitsrechten wird auf Dauer überzeugend wirken und rechtspopulistische Parolen unnötig und unwählbar machen.

Martina Michels, MdEP

Auch im Bezirk: DIE LINKE will die Arbeitsbedingungen **konkret verbessern**

Berlin ist noch immer die Hauptstadt der unsicheren und schlecht bezahlten Arbeit. Und Friedrichshain-Kreuzberg bleibt davon in besonderem Maße betroffen. Um diese Entwicklung umzukehren, ist in erster Linie ein Politikwechsel auf Bundesebene notwendig. Aber auch in Berlin gibt es Möglichkeiten, gute Arbeit zu fördern und unsichere und schlecht bezahlte Beschäftigung zurückzudrängen. Welche Ansatzpunkte es hierfür auf Bezirksebene gibt, war Ende September auch Schwerpunkt der Hauptversammlung der LINKEN in Friedrichshain-Kreuzberg.

An der Seite der Beschäftigten

Klar ist: DIE LINKE will im Bezirk auch in Zukunft den Beschäftigten und ihren Gewerkschaften bei Auseinandersetzungen zur Seite stehen. So werden im kommenden Jahr zum Beispiel die Erzieherinnen und Sozialarbeiter für eine verbesserte Bezahlung ihrer Arbeit kämpfen und dabei auf solidarische Unterstützung angewiesen sein. Für viele Beschäftigte in kleineren Betrieben wie zum Beispiel in der Gastronomie stellt sich im neuen Jahr hingegen die Fra-

ge, ob sie tatsächlich in den Genuss des neuen gesetzlichen Mindestlohnes kommen. Auch sie benötigen Unterstützung, zum Beispiel in Form von Beratungsangeboten, die gemeinsam mit den Gewerkschaften zu entwickeln sind und die eng mit den zuständigen Kontrollbehörden zusammenarbeiten.

Auftragsvergabe durch Bezirk

Ein anderes Handlungsfeld ist die öffentliche Auftragsvergabe. Das Land Berlin vergibt jährlich für rund fünf Milliarden Euro Aufträge, den größten Teil davon über die Bezirke. Deshalb hat DIE LINKE in Berlin 2009 durchgesetzt, dass bei öffentlichen Aufträgen die tariflichen Mindestarbeitsbedingungen gelten müssen, zumindest aber 8,50 Euro pro Stunde zu zahlen sind.

Doch ohne ausreichende Kontrolle bleiben zahllose Möglichkeiten, diese Regelungen zu unterlaufen. So kommt es zum Beispiel im Reinigungsgewerbe immer wieder vor, dass in Arbeitsverträgen gezielt nur eine geringe Wochenstundenzahl vereinbart wird, um dann Überstunden gar nicht oder schwarz zu vergüten.

Auch das Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg ist als Auftraggeber in der Pflicht, für die Einhaltung der Vergaberegulungen zu sorgen.

Problem Freie Träger

Im sozialen Bereich werden immer mehr Leistungen durch so genannte Freie Träger erbracht – finanziert durch öffentliche Mittel. Zugleich haben sich die Arbeitsbedingungen bei den Freien Trägern zunehmend verschlechtert. Untertarifliche Bezahlung in Bereiche wie Pflege, Kinder- und Jugendarbeit, Inklusions- oder Migrationsprojekten ist weit verbreitet. Die Kürzungsvorgaben des Senats werden so durch die Bezirke auf die Beschäftigten bei Freien Trägern abgewälzt. Diese Entwicklung wollen wir stoppen. Die Bezirksamter sind dort, wo sie öffentliche Gelder für Freie Träger bewilligen, in der Pflicht, auf gute Arbeitsbedingungen und eine tarifliche Entlohnung hinzuwirken.

Abbau im Bezirksamt

Auch ein Blick ins Bezirksamt lohnt: Dort werden tagtäglich wichtige

Dienstleistungen für die Berlinerinnen und Berliner erbracht. Doch die Arbeit wird von immer weniger Beschäftigten gemacht. Alleine zwischen 2006 und 2013 ist in den 12 Berliner Bezirksamtern jede sechste Stelle gestrichen worden. In Friedrichshain-Kreuzberg sind wenig mehr als 1.700 Stellen übrig geblieben. Bis 2016 sollen diese nach Vorstellung des Senats weiter bis auf rund 1.600 reduziert werden. Das Resultat sind nicht nur schlechtere Dienstleistungen und längere Wartezeiten für die Bürgerinnen und Bürger, sondern auch Mehrarbeit, Überlastung und mehr Stress für die verbliebenen Beschäftigten. Angesichts der dramatischen Folgen muss der Stellenabbau umgehend gestoppt und zusätzliches Personal gemäß dem tatsächlichen Bedarf zur Verfügung gestellt werden. Dafür will DIE LINKE den Druck auf den SPD-CDU-Senat weiter erhöhen.

Bezirkliche Strategie

Was in unserem Bezirk bisher völlig fehlt, ist eine abgestimmte Strategie, die vorhandenen Möglichkeiten zur Förderung guter Arbeit tatsächlich zu nutzen. Um dies zu ändern, haben wir in Abstimmung mit dem DGB Berlin jetzt zur Diskussion gestellt, im Bezirksamt einen bezirklichen Beauftragten/eine bezirkliche Beauftragte für Gute Arbeit einzusetzen. Dieser/diese wäre für die Koordination von Maßnahmen für gute Arbeit verantwortlich. Beschäftigte, Betriebs- und Personalräte sowie Gewerkschaften bekämen eine einheitliche Anlaufstelle. Dies wäre nur ein erster, kleiner Schritt. Doch der Bezirk könnte so mit gutem Beispiel vorangehen und zeigen, dass es ihm ernst ist bei der Bekämpfung unsicherer und schlecht bezahlter Beschäftigung in Friedrichshain-Kreuzberg.

Pascal Meiser,
Bezirksvorsitzender



Daniel Wucherpfennig, DGB Berlin-Brandenburg, spricht auf der Hauptversammlung am 27.9.2014 über Verbesserungen der Arbeitsbedingungen

Verdrängung von Vereinen und Initiativen stoppen!

„Mit großer Besorgnis nimmt DIE LINKE. Friedrichshain-Kreuzberg zur Kenntnis, dass wichtige Vereine und Initiativen durch steigende Mieten von Verdrängung bedroht sind. So droht unter anderem dem migrantischen Verein Allmende e.V. der Auszug aus den angestammten Räum-

lichkeiten am Kottbusser Damm. Bereits Mitte des letzten Jahres musste die Seniorenfreizeiteinrichtung „Silberfuchse“ in der Palisadenstraße in Friedrichshain geschlossen werden. Nicht unerwähnt bleiben soll der Frauenverein „Eli i evi“ in der Skalitzer Straße.

Diese Initiativen sind ein wichtiger Teil der kulturellen, sozialen und politischen Infrastruktur im Bezirk. DIE LINKE unterstützt die betroffenen Initiativen bei ihrem Kampf gegen Verdrängung und Mieterhöhungen. Wir fordern das Bezirksamt auf, seine Instrumente gegen Mieterhöhungen

auszunutzen, sowie bezahlbare Räumlichkeiten für politische, soziale und kulturelle Träger zur Verfügung zu stellen.“
Beschluss der Hauptversammlung der LINKEN Friedrichshain-Kreuzberg, 27.09.2014

Kolumne Was heißt „Gute Arbeit“ für Dich?

Mit 15 Jahren habe ich als Lehrling in einer Buchhandlung angefangen. Am Wichtigsten war damals der absolute Gehorsam gegenüber dem Lehrherren. Es gab keine Interessenvertretung der Lehrlinge, dafür Überstunden und Wochenenddienste. Die mussten ohne Bezahlung und ohne Murren akzeptiert werden. Das ist jetzt 60 Jahre her. Ich habe mit berufstätigen Frauen in meinem heutigen Umfeld darüber gesprochen, was für sie „Gute Arbeit“ ist. An erster Stelle stehen für sie das Engagement und die Aufmerksam-

keit der Kolleginnen und Kollegen untereinander. Deshalb ist „Gute Arbeit“ ein gutes Betriebsklima und ein Boss, der ein Ohr für seine Angestellten hat. Es geht nicht nur um eine anständige Bezahlung. Sondern auch um Empathie und Kollegialität, die sollte sich auch am Arbeitsplatz bemerkbar machen. Insbesondere Mobbing darf nicht mehr als unveränderbares Prinzip im Arbeitsleben hingenommen werden. Es muss mehr Mut und Sensibilität aufgebracht werden, um dieses Problem anzugehen. „Gute Arbeit“ bedeutet für mich aber

auch, dass Armut und besonders Altersarmut nicht immer noch weiblich ist. Derzeit müssen unzählige Menschen, hauptsächlich Frauen, als Aufstockerinnen und Aufstocker zum Amt laufen. Denn ihr Arbeitseinkommen reicht nicht zum Leben. „Gute Arbeit“ haben wir erst, wenn das Versprechen „alles ist erreichbar“ Wirklichkeit geworden ist. Denn heute ist das für viele immer noch eine dicke Lüge – genau wie vor 60 Jahren.

Elisabeth Schmidt,
Rentnerin, Kreuzberg



Nicht-Erwerbsarbeit berücksichtigen



Der Begriff Nicht-Erwerbsarbeit ist sperrig, erkennt aber zumindest an, dass viele Menschen Arbeit leisten, ohne dass diese entlohnt wird. Der Staat hat dafür in einigen Bereichen eine Art Lastenausgleich geschaffen. Kindergeld, Elterngeld, beitragsfreie Mitversicherung von Familienangehörigen, Anrechnung von Kindererziehungszeiten in der Rentenversicherung gehören dazu. Insgesamt aber ist dies nicht nur zu wenig, es perpetuiert ob der viel zu niedrigen Höhe all dieser Zuwendungen auch ein Vorurteil, das tief im Denken verankert ist: Nämlich dass Nicht-Erwerbsarbeit weniger wert ist als entlohnte Arbeit.

Und so ist in den Köpfen vieler festgeschrieben – die Politik fördert ein solches Vorurteil – dass die unbe-

zahlte Arbeit demzufolge auch weniger Anerkennung verdient. Verdiente sie Anerkennung, so der Trugschluss, wäre sie ja bezahlt. Auch wir neigen dazu, davon auszugehen, dass „Gute Arbeit“ bezahlte Arbeit zu sein hat. Es wäre wichtig, diskutierten wir darüber, ob dies in Stein gemeißelt ist. Ansätze für eine solche Debatte gibt es, beispielsweise wenn wir über die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens reden. Ein solches ermöglichte es den Menschen, frei zu entscheiden, welche Art von Arbeit sie leisten wollen und ob ihnen im Zweifelsfall nicht bezahlte Arbeit – in welchem Bereich auch immer – nicht wichtiger ist und mehr bedeutet, als Lohnarbeit. Für eine solche Entscheidungsfreiheit sollten wir kämpfen. Und auch dafür,

dass unter „guter Arbeit“ nicht nur bezahlte Erwerbsarbeit zu anständigen Löhnen verstanden wird. Eine noch größere Debatte, der wir uns stellen müssen, ist der Tatsache geschuldet, dass die technologische Entwicklung, vor allem die Digitalisierung, viel herkömmliche Arbeit, wie wir sie kennen, überflüssig macht. Diese Diskussion muss einhergehen mit der Beantwortung der Frage, ob sich gute Arbeit allein über gute, existenzsichernde Entlohnung definieren kann. Wenn Arbeit an Leib und Seele krank macht oder dazu beiträgt, dass unsere natürlichen Lebensgrundlagen zerstört werden, kann nicht von Guter Arbeit gesprochen werden.

Halina Wawzyniak, MdB

Kein Gesetz zur Tarifeinheit!

Gewerkschafter protestieren gegen Pläne der Regierung

Die Bundesregierung hat ein Gesetz zur so genannten Tarifeinheit angekündigt. Danach sollen die Tarifverträge bestimmter Gewerkschaften keine Anwendung mehr finden. Viele Kolleginnen und Kollegen sehen darin eine große Gefahr für die Freiheit und das Streikrecht aller Gewerkschaften. Auf einer Konferenz der Rosa Luxemburg Stiftung in Hannover, an der rund 700 Gewerkschafter teilnahmen, wurde deshalb am 4. Oktober 2014 eine Resolution verabschiedet. Wir dokumentieren sie hier in Auszügen:

„Die Tarifeinheit ist politisches Ziel des DGB und seiner Einzelgewerkschaften. Sie ist auch unser ureigenes Anliegen und ergibt sich aus unserem Selbstverständnis, den

Zusammenschluss aller abhängig Beschäftigten zum gemeinsamen Handeln zu erreichen. Mit Solidarität statt Konkurrenz wollen wir den Abschluss von einheitlichen Tarifverträgen für alle Branchen oder Betriebe durchsetzen. Trotzdem ist die Realität in einigen Betrieben/Branchen eine andere. Mehrere Gewerkschaften vertreten die Interessen ihrer Mitglieder. Die Aufgabe, die gesamte Belegschaft zu vertreten, wird leider oft vernachlässigt bzw. in Konkurrenz wahrgenommen.

Eine gemeinsam solidarische Interessenvertretung zu erreichen, muss aber allein Aufgabe der Gewerkschaften bleiben. Die Tarifeinheit politisch herzustellen, ist Aufgabe der Gewerkschaften und nicht etwa

der Bundesregierung mit Unterstützung der Arbeitgeber. Wir lehnen deshalb eine gesetzliche Regulierung der Tarifeinheit, die unweigerlich zu einer Einschränkung des Streikrechts führt, ab.

Wir fordern als ehren- und hauptamtliche Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter - mit unterschiedlichsten Streikerfahrungen in verschiedenen Branchen und Betrieben - die Bundesregierung auf, das gesetzgeberische Vorhaben zur Tarifeinheit nicht weiter zu verfolgen.“

Resolution und Unterschriften:
www.juttakrellmann.de/aktuelles/protestaufruf-gegen-tarifeinheitgesetzgebung

Spendenaufruf

Durch den Krieg hat sich die humanitäre Lage im blockierten Gaza-Streifen weiter verschärft. DIE LINKE Friedrichshain-Kreuzberg ruft deshalb zu Spenden zugunsten der Palästinensischen Ärztevereinigung auf. Von den Geldern sollen Medikamente und medizinisches Material gekauft und direkt nach Gaza transportiert werden. Außerdem sollen 41 verletzte Kinder zur Behandlung nach Deutschland gebracht werden. Spendenkonto: Palästinensische Ärzte- und Apothekervereinigung Berlin-Brandenburg e.V.

Deutsche Apotheker- und Ärztekbank
IBAN: DE73300606010007752539
Verwendungszweck: Gaza 2014

Zweiter Frühling der direkten Demokratie

Nach ihrer Niederlage beim Volksentscheid über die Bebauung des Tempelhofer Feldes kündigten SPD und CDU mehr direkte Demokratie in Berlin an. Allerdings sind dem bisher keine konkreten Schritte oder auch nur Ideen und Vorschläge gefolgt. Das Einzige, was seit Wochen immer wieder angekündigt wird, ist eine verbindliche Befragung der Berlinerinnen und Berliner über eine mögliche Olympiabewerbung. Das ist allerdings nicht so einfach, denn bisher sieht die Berliner Verfassung solche Befragungen nicht vor, und eine Änderung müsste zunächst in einem Volksentscheid von der Bevölkerung gebilligt werden. Hier droht also Trickseriei.

Die Linksfraktion im Berliner Abgeordnetenhaus hat die Ankündigung des Senats als Angebot und Aufforderung verstanden, eigene Vorstellungen und Vorschläge zu entwickeln. Wenn es die Koalition ernst meint, dann ist DIE LINKE bereit, mit SPD, CDU und den anderen Oppositionsfraktionen über eine verbesserte Bürgerbeteiligung und eine Stärkung der direkten Demokratie zu verhandeln. Bürgerbeteiligung oder –befragung darf aber nicht als Instrument fungieren, um Entscheidungen der Politik im Nachhinein zu legitimieren. Es muss vielmehr darum gehen, wie die Berlinerinnen und Berliner ermächtigt werden können, auch zwischen den Wahlen Einspruch gegen Ent-

scheidungen von Senat und Koalition im Abgeordnetenhaus einlegen zu können.

Die Linksfraktion schlägt in der Diskussion dazu unter anderem das Instrument des fakultativen Volksreferendums vor. Das heißt, dass innerhalb von drei Monaten nach einer politischen Entscheidung, durch die Sammlung einer bestimmten Zahl von Unterschriften (z.B. 50.000), ein Volksentscheid über diesen Beschluss erzwungen werden kann. Damit wäre der Senat gut beraten, seine Politik – vor allem bei besonders wichtigen stadtpolitischen Fragen – bereits von Beginn an auf eine Beteiligung der Bevölkerung und höchstmögliche Akzeptanz in der Stadt auszurichten.

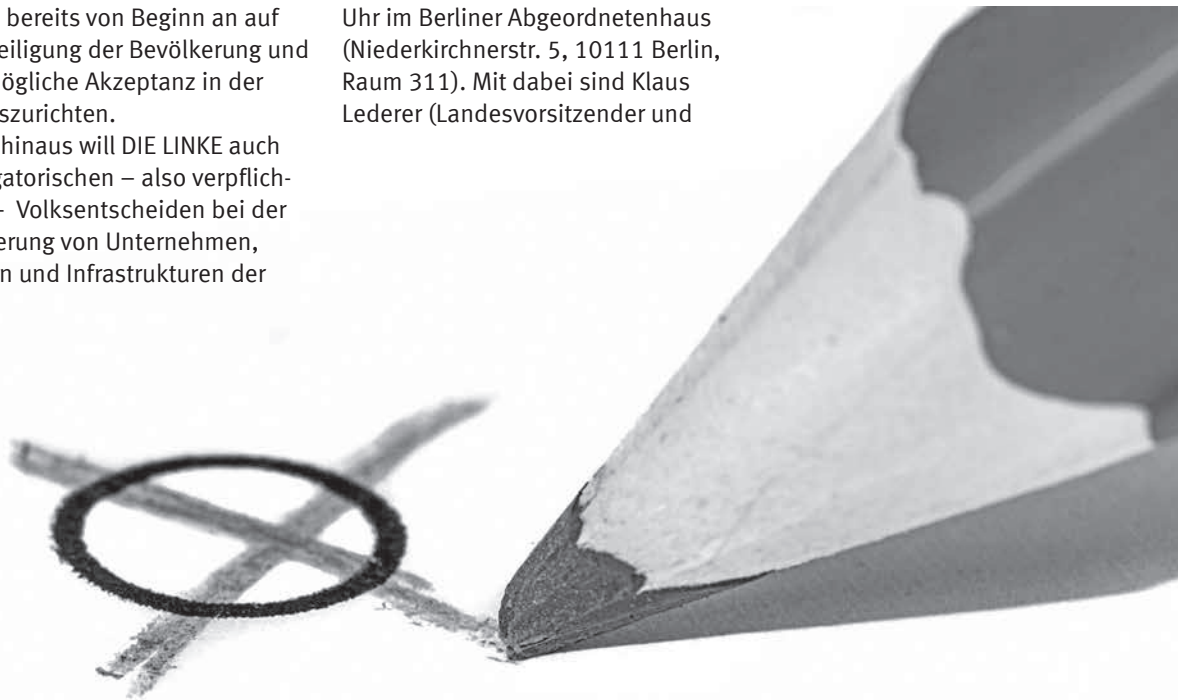
Darüber hinaus will DIE LINKE auch mit obligatorischen – also verpflichtenden – Volksentscheiden bei der Privatisierung von Unternehmen, Betrieben und Infrastrukturen der

öffentlichen Daseinsvorsorge sowie niedrigeren Hürden die direkte Demokratie in Berlin weiterentwickeln. Zukünftig sollen Volksentscheide, wenn möglich, mit regulären Wahlen zusammen stattfinden. Damit soll verhindert werden, dass durch ungünstig gelegte Abstimmungstermine die Wahlbeteiligung absichtlich niedrig bleibt.

Die Linksfraktion lädt alle interessierten Bürgerinnen und Bürger, Initiativen und Vereine ein, über ihre Erfahrungen und Vorschläge und die verschiedenen Ideen zu debattieren: am 19. November 2014 um 19 Uhr im Berliner Abgeordnetenhaus (Niederkirchnerstr. 5, 10111 Berlin, Raum 311). Mit dabei sind Klaus Lederer (Landesvorsitzender und

Sprecher der Fraktion für Recht und Verbraucherschutz), Michael Efler (Bundesvorstandssprecher von Mehr Demokratie e.V.) und Steffen Zilllich (Abgeordneter aus Friedrichshain-Kreuzberg und parl. Geschäftsführer der Linksfraktion). Das Konzept der Linksfraktion mit dem Titel „Ein zweiter Frühling der direkten Demokratie“ kann im Internet unter www.linksfraktion-berlin.de heruntergeladen werden.

Sebastian Koch,
Bezirksvorstand



Auftakt für zwei intensive Jahre

Am 9. November jährt sich zum 25. Male der Tag, an dem die Berliner Mauer fiel. Es war der Tag, an dem die Krise, die die DDR erfasst hatte, eine unumkehrbare Wende nahm und den Zusammenbruch des realsozialistischen Systems hierzulande besiegelte.

Krisenhafte Zeiten erleben wir auch heute. Die seit 2008 anhaltende weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise ist, entgegen aller Gesundheitsbetriebe, keineswegs überwunden. Die Zahl internationaler militärischer Konflikte wächst. Kriege drohen sich auszuweiten.

Angesichts dessen nimmt sich die Krise, in der die Berliner Politik steckt, geradezu lächerlich aus. Die Stagnation, die die SPD-CDU-Koalition seit Monaten verantwortet, wirkt jedoch zunehmend verheerend auf das alltägliche Funktionieren der Stadt. Steigende Mieten, überfüllte Bürgerämter, zerbröselnde Brücken und Turnhallen, fehlende Flüchtlings-

unterkünfte – die Liste an Beispielen ist lang. Doch statt nach dem angekündigten Rücktritt von Klaus Wowereit den Weg für einen Neuanfang und für Neuwahlen freizumachen, ketten sich beide Regierungsparteien aus Angst vor dem eigenen Machtverlust noch fester aneinander. Der Mangel an gemeinsamen Vorstellungen zur Zukunft der Stadt soll durch die Flucht in ein neues teures Großprojekt, nämlich die Ausrichtung der Olympiade in Berlin, übertüncht werden.

Für uns Berliner LINKE ist das keineswegs eine einfache Ausgangssituation. Zwar ist es uns in den vergangenen Jahren gelungen, die Koalition in zentralen Fragen wie der Gestaltung der Energiewende, der Perspektiven für den öffentlichen Dienst, der Stadtentwicklung oder der Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an der Stadtpolitik unter Druck zu setzen. Aber angesichts des desolaten Zustands der SPD, des unverhohlenen Schielens der Grünen nach der

CDU und einer zerfallenden Piratenpartei sind politische Mehrheiten für eine alternative Politik momentan nur schwer auszumachen.

Als Partei DIE LINKE werden wir daher unsere politischen Konzepte stärker profilieren und für sie um Mehrheiten in der Stadtgesellschaft werben. Dafür wollen wir uns auch als Partei weiterentwickeln. Das betrifft nicht nur innerorganisatorische Fragen oder die Zusammenarbeit mit außerparlamentarischen Initiativen. Wir werden uns auch für neue Themen und Fragestellungen öffnen. Beispielsweise wie sich der technische Fortschritt, insbesondere die zunehmende Digitalisierung, auf die Arbeits- und Lebenswelt von immer mehr Menschen auswirkt. Diese und andere Fragen wollen wir gemeinsam mit den Berlinerinnen und Berlinern diskutieren.

Klaus Lederer,
Landesvorsitzender



+++ BVV-Splitter +++

Nachrichten aus dem Bezirksparlament



Reza Amiri

Die Fraktion der LINKEN wählte am 29.09.2014 einen neuen Fraktionsvorsitzenden. Der langjährige Fraktionsvorsitzende Lothar Jösting-Schüßler trat nicht erneut an. Jetzt wird die Fraktion von Reza Amiri (Vorsitzender) und Regine Sommer-Wetter (Stellvertreterin) geführt. Die September-BVV endete abrupt während der Fragestunde. Die Vorsterin der BVV sah durch Zwischenrufe von der Tribüne die laufende Sitzung in Gefahr und schloss diese. Eine, wie von CDU, SPD und Grü-

nen geforderte Räumung durch die Polizei fand glücklicherweise nicht statt. Trotzdem müssen die Fraktionen überlegen, ob sie nur noch unter Ausschluss der Öffentlichkeit tagen wollen, oder aushalten, dass Bürgerinnen und Bürger des Bezirkes ihr Missfallen gegen Entscheidungen des Bezirksamtes bekunden. Traditionell steht unser Bezirk für Meinungsfreiheit und Toleranz, dabei sollte es nach Meinung der Verfasserin auch bleiben.

Zum Antrag der Linksfraktion bezüglich der „Ermöglichung des Wohnungsaustausches bei Begrenzung des Mietpreisauftriebes“ aus dem März 2013 berichtete der zuständige Stadtrat Knut Mildner-Spindler. Das „Bündnis für soziale Wohnungspolitik und bezahlbare Mieten“ bietet allen Mieterinnen und Mietern bei städtischen Wohnungsunternehmen an, eine zu groß gewordene Wohnung gegen eine deutlich kleinere

zu angemessenen Konditionen zu tauschen. Im Jahresbericht 2012/13 zum Bündnis wird berichtet, dass die städtischen Wohnungsunternehmen hierfür den größtmöglichen Wohnungspool gebildet hätten. Trotzdem werde diese Option bisher kaum wahrgenommen. Die zuständige Senatsverwaltung schätzt ein, dass für dieses Angebot noch verstärkt Werbung gemacht werden muss. Auch die Wohnungsbaugesellschaften des Bezirkes berichten von geringer Nachfrage der Mieterschaft. Angemerkt wurde, dass Umsetzungen innerhalb des Hauses oder der Wohnanlage ohne Aufschlag wegen Neuvermietung übliche Praxis seien. Insgesamt sind die Gesellschaften diesem Instrument gegenüber aufgeschlossen.

Mehrheitlich zugestimmt wurde einem Beschluss aus dem Schulausschuss über die Einführung einer gymnasialen Oberstufe an der Refik-

Veseli-Schule. Damit wird das Anliegen der Elternschaft umliegender Grundschulen aufgegriffen, die sich für die Errichtung einer gymnasialen Oberstufe an diesem Standort stark machen. Bisher gibt es im östlichen Kreuzberg (ehem. SO36) keine weiterführende Sekundarschule mit Abituroption.

In die bezirkliche Gedenktafelkommission überwiesen, wurde ein Antrag der Linksfraktion, der die Anbringung einer Informationstafel am Spanienkämpferdenkmal im Volkspark Friedrichshain fordert, um Besuchern Hintergrundwissen zum Denkmal zu vermitteln. Dabei soll die Beteiligung Deutschlands an Francos Krieg und der Kampf von Antifaschisten aus 53 Ländern dargestellt werden.

Regine Sommer-Wetter,
stellv. Vorsitzende BVV-Fraktion



Danke Lothar,

Du warst viele Jahre unser erster Mann in der Fraktion. Hast Dich in die Bütt gestellt, zu großen und kleinen Fragen der Politik im Bezirk referiert, diverse Kontakte gepflegt und versucht, die Fraktion mitzunehmen. Wie schwierig gerade das ist, weiß ich aus eigenem Erleben. Jetzt hat die Fraktion einen neuen Vorstand gewählt. Zeit, danke an Dich zu sagen und Dir vor allem Gesundheit zu wünschen.

Regine Sommer-Wetter

Seniorinnen und Senioren im Abgeordnetenhaus

Unbefriedigende Antworten auf dringende Fragen

Am 8. Oktober 2014 wurden wir, die Seniorinnen und Senioren, vom Präsidenten des Abgeordnetenhauses zu einer Diskussionsveranstaltung im Abgeordnetenhaus eingeladen. Zwei Stunden waren für Fragen und Antworten reserviert. Im Anschluss fand in der Wandelhalle noch ein kleiner Empfang statt, der aus einer trockenen Brezel, Saft, Selters und Wein bestand. Alles sehr preiswert gehalten. Welche Fragen lagen den Seniorinnen und Senioren nun auf der Seele und

was waren die Antworten von der zuständigen Politik? Erste Frage: Ist es noch zeitgemäß, im Minutentakt zu Pflegen? Antwort des Senators: NEIN. Denn 2,5 Millionen Menschen sind pflegebedürftig – 25.000 davon in Heimen, 30.000 werden es im Jahr 2020 sein, die in Einrichtungen gepflegt werden. 80 Prozent der Menschen, die in diesem Beruf arbeiten, sind Frauen; 40 Prozent davon arbeiten in Teilzeit. Das Problem ist in der Senatsverwaltung erkannt worden. Die Lösung: Neue Pflegestufen sind

nötig, daher wird es 2016 ein neues Pflegebedürftigkeitsgesetz geben. Zweite Frage: Was wird gegen die steigenden Mieten getan? Antwort des Senators: Wir bemühen uns um preiswerten Wohnraum. Hoffentlich gelingt es uns auch. Frage 3: Wie will der Senat die steigende Altersarmut bekämpfen? Antwort der Senatsverwaltung: Berlin hat nur eine geringe Zahl von altersarmen Menschen, allerdings ist diese Zahl steigend. Das große Problem sind die rasant steigenden Mieten,

denn die Lebenshaltungskosten sind in Berlin eher günstig. Keine konkrete Lösung also vorgetragen. Das waren die dringendsten Fragen die wir Seniorinnen und Senioren hatten. Die Antworten waren jedoch für uns alle unbefriedigend. 2016 haben wir die Chance etwas an dieser Situation zu ändern. Tun wir es. Fangen wir heute schon an.

Liz Schmidt

Termine

Der Rote Laden

Weidenweg 17, 10249 Berlin
Telefon: 426 26 87
Fax: 426 13 38

Soweit nicht anders angegeben, finden die Veranstaltungen im Roten Laden statt.

Bürozeiten:

Montag: 13 - 18 Uhr; Dienstag & Donnerstag: 10 - 18 Uhr Freitag: 9 - 13 Uhr.

Vernissage am 06. November 2014 um 19.00 Uhr: **Franz Mehring – 17 Tafeln zum Leben des sozialistischen Publizisten und Historikers.** Die Ausstellung wurde gestaltet von dem Diplom-Gesellschaftswissenschaftler Werner Ruch, langjähriger Vorsitzender der Geschichtskommission der LINKEN Friedrichshain-Kreuzberg Jutta Matuschek (MdA) Bürgerbüro, Müggelstr. 11, 10247 Berlin

Ehrung der Opfer der Novemberrevolution von 1918 auf dem Friedhof der Märzgefallenen
9.11., Uhrzeit erfragen

„Egon Erwin Kisch - Vom Romanischen Kaffee bis nach Spandau“
Lesung, zusammengestellt und vorgetragen: Anja Jungfer
18.11., 15.00 Uhr

Der **Ernst-Busch-Chor** Berlin lädt recht herzlich zu seinem „Adventskonzert“ in die Segenskirche, Schönhauser Allee 161 (Nähe U-Bahn Senefelderplatz), am 13. Dezember 2014 um 18.00 Uhr ein. Eintrittspreis: 10 €, ermäßig: 8 €

Beratung der Geschichtskommission
18.12., 15 Uhr

Wenn mal was ist

Sozial- und Mietberatung im Wahlkreisbüro von Halina Wawzyniak. Jeden 2. und 4. Donnerstag im Monat von 16 bis 18 Uhr mit Rechtsanwalt Kay Fülllein.

Mehringplatz 8, 10969 Berlin
Anmeldung unter Tel.:
030 / 25 92 81 21
www.wawzyniak.de

DIE LINKE.
Friedrichshain-Kreuzberg

Impressum:

Redaktionsschluss: 25.10.2014
Herausgeberin: DIE LINKE Friedrichshain-Kreuzberg, Tel: 030/42626 87

www.dielinke-fk.de

info@dielinke-fk.de
Redaktion: Regine Sommer-Wetter,
Damiano Valgolio (V.i.S.d.P.)

Wir haben es satt

LINKE unterstützt Demo gegen Agrar-Konzerne

Das kapitalistische Agrarmodell zerstört weltweit die Existenzgrundlage und Einkommensmöglichkeit von Menschen. Große Konzerne eignen sich weltweit Grund und Boden an („Landgrabbing“) und sichern sich die Verfügung über Ressourcen wie Saatgut, Düngemittel, Wasser. Sie arbeiten daran, dass die Abhängigkeit der Bauern von den ihren Hybridpflanzen so steigt, dass eine Reproduktion aus eigener Kraft nicht möglich bleibt. Die Artenvielfalt lässt nach. Für Produzenten im globalen Süden ist es durch den Produktivitätsunterschied vielerorts kaum noch sinnvoll, für den lokalen Markt zu produzieren. Anbaumethoden, die sich über Jahrhunderte an die lokalen Bedingungen angepasst und bewährt haben, sind nicht mit den agroindustriellen Produktionsmethoden konkurrenzfähig. Ernährung ist nicht mehr erstes Ziel menschlichen Landbaus. Die 5000 km entfernte europäische Kuh oder ihr benachbarter

Schoßhund sind zahlungskräftiger, als der hungernde Nachbar neben dem Sojafeld.

Es ist ein Spiel fast ohne moralisch-ethische Grenzen. Fragen der Gesundheit, Ernährung, Produktqualität, des Tierschutzes bzw. der Nachhaltigkeit spielen kaum eine Rolle bzw. stehen, TTIP lässt grüßen, weiter zur Disposition. Das Spiel beachtet auch keine natürlichen Grenzen. Schon jetzt nutzt der Mensch über 50% der verfügbaren Landmasse. Für unberührte Natur besteht kein Rückzugsraum. Daneben wird diese Landfläche auch kopflos verwaltet. Ein Anteil von rund 70% dieser Agrarfläche (30% der Landmasse) wird allein für die Produktion von Fleischwaren genutzt. Zu dieser ungesunden, klimaschädlichen Verwendung kommen nun die wachsenden Flächen für Biosprit und Biogas hinzu – einst als sinnvolle Resteverwertung gedacht, heute immer mehr Hungerproduzent und Zerstörer von Boden

und Landschaften zum Zweck der Kapitalveredelung.

Um all dies zu feiern, treffen sich jährlich die Vertreter der Agrarindustrie mit Produzenten, Politikern und Konsumenten auf der Grünen Woche. Seit 5 Jahren regt sich hier unter dem Titel „wir haben es satt“ aber ein breiter in die Zehntausende gehender Widerstand, dem sich auch die LINKE Friedrichshain-Kreuzberg anschließt. Wir rufen auf, sich aktiv und mit kreativen Aktivitäten an der 5. „wir haben es satt-Demonstration“ am 17. Januar 2015 in Berlin zu beteiligen.

Darüber hinaus fordern wir auf, sich am sozial-ökologischen Umbau der Gesellschaft zu beteiligen. Die LINKE ist auch hierfür ein guter Ort.

Demonstration „Wir haben es satt“,
17. Januar 2015, Berlin,
Genauer Startpunkt und Uhrzeit werden noch bekannt gegeben



Ein online-Spiel das aufrütteln soll: <http://www.das-kostet-die-welt.de> Beim Einkauf von „Ländern“ werden Punkte nach: Wasserproblemen, Ackerland und Korruption vergeben - Eine Aufklärungskampagne der Welthungerhilfe

Was macht der Weihnachtsmann im Sommer? - Musical

Im Sommer macht der Weihnachtsmann natürlich Urlaub. Am Strand. Dieser endet abrupt, als das Thermometer auf Minusgrade sinkt. Wie kommt es zu diesem Wetterchaos? Hat etwa die böse Gewitterhexe Horatia-Lucretia ihre frostigen Hände im Spiel? Des Rätsels Lösung verrät das Tanzteam Step by Step in seinem neuesten Musical.

Komposition Lexa Thomas, Regie Ana Stamm, Choreografien Evelyn und Felicitas Richter. Infos: 030-4263719, www.TanzteamStepByStep.de

Dauer ca. 75 Minuten
Alte Feuerwache Friedrichshain,
Marchlewskistraße 6 :
Do, 11.12.2014, 10.30 + 15.00 Uhr
Di, 16.12.2014, 15.00 Uhr
Do, 18.12.2014, 15.00 Uhr
Max-Taut-Aula, Fischerstraße 38 :
Sa, 13.12.2014, 18.00
Mi, 17.12.2014, 10.30 + 15.00 Uhr

Eintrittspreise:
8 € / 6 € ermäßig, für Gruppen ab 10
Mann pro Person 5 € (1 Betreuer pro
10 Personen frei)

**Eintritt
frei!**
DIE LINKE.

Komm rein und lass die Tür auf.
<http://mitglied.lielinke.de>
Hotline: 03024009999